

Schuldenkrise:**G20 fehlt die Kraft zum großen Wurf**

Das Euro-Chaos lähmt das Treffen: Der Gipfel in Cannes bringt nur vage Ideen zur Konjunkturbelebung zustande. Die Transaktionssteuer scheitert. von *Claudia Kade* und *Leo Klimm* Cannes

Die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) sind im Durcheinander um die Euro -Krise daran gescheitert, durchgreifende Reformen zur Belebung der schwächelnden Weltwirtschaft voranzutreiben. Auf ihrem Gipfeltreffen im südfranzösischen Cannes vereinbarten die Staats- und Regierungschefs lediglich einen vagen "Aktionsplan für Wachstum und Beschäftigung" und eine engere wirtschaftspolitische Abstimmung untereinander.

"Um den unmittelbaren Herausforderungen der Weltwirtschaft zu begegnen, streben wir eine Koordination unserer Aktionen und unserer Politik an", heißt es im Entwurf für die Abschlusserklärung des G20-Gipfels, der am Freitag zu Ende geht. Im Mittelpunkt stehe die Beschäftigung. Es solle eine "G20-Taskforce" gegründet werden, die sich vor allem um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit kümmern soll.



US-Präsident Obama und Gastgeber Sarkozy beim G20-Gipfel in Cannes

Der wolkige Entwurf von Cannes zeigt, wie stark das Euro-Chaos das Gipfeltreffen gelähmt hat - und mit welchem geringem Verhandlungsspielraum die meisten Staats- und Regierungschefs wegen innenpolitischer Querelen in ihren Heimatländern angereist sind. Gastgeber **Nicolas Sarkozy** und US-Präsident **Barack Obama** müssen im nächsten Jahr um die Wiederwahl bangen.

Auch deshalb wollte Sarkozy mit einem Durchbruch für eine internationale Finanztransaktionssteuer glänzen - die Obama strikt ablehnte. Der US-Präsident wiederum hoffte, die schuldengeplagten Europäer zu beherzten Konjunkturspritzen zu überreden, die ihm im Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit helfen sollen. Kanzlerin Angela Merkel musste von Cannes aus zusehen, wie sich in Berlin ihre schwarz-gelbe Koalition schon an einer vorsichtigen Steuerentlastung aufreibt. So blockierten sich die schwer angeschlagenen Führungsspitzen gegenseitig.

Die deutsch-französische Forderung nach einer internationalen Finanzmarktsteuer findet sich nur als Randnotiz im Entwurfstext: "Wir erkennen die Initiativen zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in einigen unserer Staaten an", heißt es. Sarkozy sagte am Donnerstagabend, Argentinien und Brasilien hätten sich auf seine Seite geschlagen. Nun solle sich eine Staatengruppe zusammenfinden, die mit der Steuer vorangehe.

Die G20 blieben auch vage in ihrem Vorhaben, härter gegen Schattenbanken wie Hedge-Fonds vorzugehen. Regulierung und Aufsicht der hochriskanten Finanzgeschäfte werden gestärkt, die Finanzminister und Notenbankchefs sollen im April über Fortschritte berichten.

Immerhin verständigten sich die G20 darauf, Russland bald in die Welthandelsorganisation (WTO) aufzunehmen. "Wir erwarten, bis Jahresende Russland als WTO-Mitglied begrüßen zu können", so der Entwurf. Russland bemüht sich seit 17 Jahren um einen WTO-Beitritt. Die Aufnahme wurde aber von Georgien wegen Streitigkeiten über den Status von Abchasien und Südossetien bislang verhindert.

Mehr zum Thema

Immer noch kein Sparprogramm Anleihemarkt teert und federt Italien

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:immer-noch-kein-sparprogramm-anleihemarkt-teert-und-federt-italien/60124608.html>)

Verpasste Reformen Berlusconi reist mit leeren Händen nach Cannes

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:verpasste-reformen-berlusconi-reist-mit-leeren-haenden-nach-cannes/60124508.html>)

Rollentausch bei G20-Gipfel Das Diktat der Schwellenländer

(<http://www.ftd.de/politik/international/:rollentausch-bei-g20-gipfel-das-diktat-der-schwellenlaender/60124314.html>)

Mehr zu: [G20](#)

Große Ziele

Schwellenländer Die G20 hatten sich vorgenommen, dem Einfluss der Schwellenländer in der Weltwirtschaft stärker Rechnung zu tragen. Auch ihre Rolle im Internationalen Währungsfonds (IWF) sollte an die veränderte Bedeutung angepasst werden.

Währungen Der Dauerzwist über künstlich niedrig gehaltene Wechselkurse etwa in China oder den USA zur Ankurbelung ihrer Exporte sollte entschärft werden. Umstritten bleibt der Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen.

Aus der FTD vom 04.11.2011
© 2011 Financial Times Deutschland,
